



Ausgabe März 2026

SVP konkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch

NATIONALE POLITIK AUF LUZERNER BODEN

Eigentumsschutz, Verkehrssicherheit, Energieversorgung und Medienvielfalt sind Themen, die den Alltag der Menschen im Kanton Luzern direkt betreffen und grundsätzliche Fragen an die Bundespolitik aufwerfen. In dieser Ausgabe von SVP konkret stellen wir Bundesrat Albert Rösti konkrete Fragen zu Problemen, die viele Bürgerinnen und Bürger seit Jahren beschäftigen.

Immer häufiger wird unter Berufung auf das öffentliche Interesse in Privateigentum eingegriffen. Landwirtschaftsland und Grundstücke werden für Velowege, Energieanlagen oder Verkehrsinfrastruktur beansprucht. Wer sich wehrt, sieht sich rasch mit Enteignungsverfahren konfrontiert. Wo endet das legitime öffentliche Interesse und wo beginnt der schleichende Abbau des verfassungsmässigen Eigentumsschutzes?

Auch im Verkehr zeigt sich der Handlungsbedarf. Die A14 zwischen Luzern und Zug ist seit Jahren ein Stau- und Unfallschwerpunkt. Trotz klarer Zuständigkeit des Bundes bleibt eine spürbare Entlastung bislang aus.

Im Energiebereich produziert der Kanton Luzern im Sommer oft mehr Solarstrom, als er verbrauchen kann. Gefragt sind Lö-



Bundesrat Albert Rösti drückt Luzern den «eidgenössischen Stempel» auf und nimmt Stellung zu Eigentumsschutz, Verkehrsüberlastung, Energie und die Wichtigkeit von wirtschaftlichen und politischen Fachzeitschriften.

sungen, die Eigenverbrauch, Speicherung und lokale Nutzung fördern, ohne neue Kosten für die Bevölkerung.

Schliesslich geraten Fachzeitschriften zunehmend unter Druck. Steigende Posttarife und sinkende Auflagen bedrohen

gedruckte Titel, die für Meinungsbildung und fachlichen Austausch wichtig sind.

Mit seinen Antworten zeigt Bundesrat Rösti, wie der Bundesrat diese Herausforderungen einschätzt und wo noch Korrekturen nötig sind.

red. ●

INTERVIEW MIT BUNDES-RAT ALBERT RÖSTI



SCHULE ALS RELIGIÖSES VERSUCHSLABOR



AUS DEM KANTONS-RAT



Die Redaktion des Luzerner Newsletters SVPkonkret zeigte sich erfreut, dass sich Albert Rösti anlässlich der letzten Delegiertenversammlung in Näfels Zeit für ein Interview nahm. Der Bundesrat verwies darauf, dass diese Plattform den direkten Austausch mit der Basis ermögliche. Zugleich unterstrich er die Bedeutung dieses Dialogs für das politische System: «Der Austausch zwischen Basis und Regierung ist für eine funktionierende Demokratie zentral.»



VIER DEPARTEMENTE, VIER FRAGEN

Umwelt

Enteignungen unter Berufung auf das öffentliche Interesse

Behauptung

In immer mehr Kantonen, auch im Kanton Luzern, wird Enteignung zunehmend als normales Mittel zur Umsetzung staatlicher Projekte betrachtet. Für Velowege, breitere Trottoirs, Windkraftanlagen oder andere Vorhaben werden landwirtschaftliche Flächen und privates Eigentum beansprucht. Zusätzlich treten auch Projekte im öffentlichen Verkehr auf, etwa wenn Busse auf Elektroantrieb umgestellt werden, dafür Masten auf fremdem Land errichtet oder Fassaden für Halterungen genutzt werden müssen. Grundeigentümer erhalten oft dürftige Angebote. Kommt keine Einigung zustande, wird das übergeordnete öffentliche Interesse geltend gemacht und enteignet. Damit wird der verfassungsmässige Schutz des Eigentums Schritt für Schritt ausgehöhlt.

Frage

Welche verbindlichen Kriterien müssen erfüllt sein, damit der Bund eine Enteignung tatsächlich als übergeordnetes öffentliches Interesse anerkennt, und welche konkreten Massnahmen ergreifen Sie, um den Eigentumsschutz zu stärken und betroffene Eigentümer künftig besserzustellen statt zu benachteiligen?

Der Schutz des Privateigentums ist in der Bundesverfassung garantiert. Eine Enteignung ist nur zulässig, wenn sie gesetzlich vorgesehen, verhältnismässig und durch

ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt und zur Erreichung des Zwecks absolut notwendig ist. Diese Anforderungen gelten für alle Projekte – auch für jene im Zuständigkeitsbereich des UVEK. Bei Vorhaben im Bereich Umwelt, Energie oder Verkehr – etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien, beim Bau von Velowegen oder beim Schutz vor Naturgefahren – erfolgt stets eine sorgfältige Abwägung zwischen Umwelt- und Eigentumsschutz sowie dem öffentlichen Nutzen. Enteignungen sind nur zulässig, wenn keine gleichwertigen Alternativen bestehen und der Nutzen für die Allgemeinheit die Beeinträchtigungen klar überwiegt. Die Behörden sind verpflichtet, den Dialog mit den Eigentümerinnen und Eigentümern zu suchen und faire Entschädigungen sicherzustellen. Enteignungen bleiben das letzte Mittel. Der Bundesrat achtet darauf, dass die Verfahren transparent sind und die Rechte der Betroffenen gewahrt bleiben. Die Entschädigungen werden von unabhängigen Fachleuten festgesetzt.

Verkehr

Stau- und Unfallprobleme auf der A14 Luzern–Zug

Behauptung

Der Bund ist für Bau, Unterhalt und Planung der Nationalstrassen verantwortlich. Ziel ist es, Staus zu vermeiden und den Verkehr sicher und flüssig zu halten. Auf der A14 zwischen Luzern und Zug gelingt das seit Jahren nicht.

Frage

Auf der A14 kommt es täglich zu Staus und immer wieder zu Auffahrunfällen. Das heutige Verkehrskonzept funktioniert offensichtlich nicht. Was tun Sie konkret in den nächsten Jahren, um Staus abzubauen und die Sicherheit zu verbessern?

Wenn es auf der Autobahn zu Stauungen kommt, weicht der Verkehr auf die Kantons- und Gemeindestrassen aus und behindert dort auch den öffentlichen Verkehr. Wir nehmen das Stauproblem daher sehr ernst. Das Parlament hat 2019 beschlossen, die Autobahn um Luzern auszubauen. Mit dem Projekt «Gesamtsystem Bypass Luzern» kann die Kapazität der Autobahn erhöht werden. Die neuen Tunnelröhren ermöglichen zudem, dass der Verkehr im Falle eines Unfalls nicht durch die Stadt Luzern umgeleitet werden muss. Mein Departement hat im Februar 2024 die Baubewilligung erteilt. Der Bund würde über 1,7 Milliarden Franken rund um die Stadt Luzern investieren. Gegen die Baubewilligung wurden leider Beschwerden eingereicht, die aktuell vor Bundesverwaltungsgericht verhandelt werden.

Energie

Solaranlagen und Stromverbrauch im Kanton Luzern

Behauptung

Im Kanton Luzern gibt es viele Solaranlagen. Im Sommer wird oft mehr Strom produziert, als gerade gebraucht wird.

Dieser Strom kann nicht immer sinnvoll genutzt werden und wird sehr günstig verkauft oder geht verloren. Neue Modelle sollen helfen, Strom vor Ort besser zu nutzen.

Frage

Im Sommer produziert Luzern häufig zu viel Strom aus Solaranlagen. Was tun Sie konkret, damit Haushalte ihren Strom besser speichern, selbst nutzen oder im Dorf weitergeben können, ohne dass für die Bevölkerung zusätzliche Kosten entstehen?

Die vielen Solaranlagen im Kanton Luzern sind ein Erfolg der Schweizer Energiepolitik, führen aber im Sommer tatsächlich zu Phasen von lokalem Überangebot. Unser Ziel ist, dass möglichst viel dieses Stroms vor Ort sinnvoll genutzt wird. Darum stärken wir Modelle wie Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch und erleichtern die Bildung von Energie-Gemeinschaften in Quartieren und Dörfern. Speicherlösungen werden immer erschwinglicher. Bereits heute wird mehr als jede dritte Photovoltaikanlage mit einer Batterie installiert, ohne dass diese gefördert worden wären. So können die Menschen ihren eigenen Solarstrom besser speichern, selbst verbrauchen oder innerhalb der Gemeinde teilen, ohne dass zusätzliche Kosten für die Bevölkerung entstehen. Gleichzeitig verbessert der Bund die Rahmenbedingungen für Speicherlösungen und sieht in bestimmten Fällen eine Befreiung vom Netznutzungsentgelt oder eine Rückerstattung desjenigen für die gespeicherte Elektrizitätsmenge vor, welche wieder ins Netz gespiesen wird.

Kommunikation

Postzustellung und Fachzeitschriften

Behauptung

Gedruckte Fachzeitschriften stehen unter starkem Druck. Die Zustellung durch die Post wird immer teurer, während immer weniger Exemplare verschickt werden. Viele Fachzeitschriften müssen deshalb ihre gedruckte Ausgabe einstellen, was Arbeitsplätze kostet und den fachlichen Austausch schwächt.

Frage

Immer mehr Fachzeitschriften geben ihre gedruckten Ausgaben auf, weil die Postzustellung kaum noch bezahlbar ist. Was tut der Bundesrat konkret, damit wirtschaftliche wie auch politische Fachzeitschriften weiterhin erscheinen können?

Fachzeitschriften leisten einen wichtigen Beitrag zum fachlichen Austausch, zur Meinungsbildung und zur politischen De-

batte – sie sind unerlässlich für eine direkte Demokratie. Der Kostendruck bei der Postzustellung ist eine Realität, die viele Titel vor grosse Herausforderungen stellt. Der Bundesrat beobachtet diese Entwicklung sehr genau. Der Ball liegt hier beim Parlament. Das Ziel ist, dass wirtschaftliche und politische Fachzeitschriften weiterhin erscheinen und ihr Publikum erreichen können, ohne die finanzielle Stabilität der Post zu gefährden. red. ●



DAS PARLAMENT HAT 2019 BESCHLOSSEN, DIE AUTOBAHN UM LUZERN AUSZUBAUEN. MIT DEM PROJEKT «GESAMTSYSTEM BYPASS LUZERN» KANN DIE KAPAZITÄT ERHÖHT UND DIE SICHERHEIT VERBESSERT WERDEN.»

Albert Rösti, Bundesrat, Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

WARUM DIE SCHULE KEIN RELIGIÖSES VERSUCHSLABOR SEIN DARF

Die Debatte um religiöse Zeichen an der Volksschule entlarvt eine problematische Schieflage im staatlichen Handeln. Während Lehrpersonen mit Kopftuch unterrichten, werden christliche Traditionen zunehmend aus dem Schulalltag verdrängt. Das hat mit Neutralität nichts zu tun, sondern mit einer schleichenden Veränderung unserer kulturellen Grundlagen. Die Schule ist kein ideologiefreier Raum, sondern ein Ort der Prägung. Über Generationen hinweg bildeten christliche Werte wie Nächstenliebe, Verantwortung, Rücksichtnahme und Gerechtigkeit das Fundament unserer Gesellschaft.

Heute werden Kreuze aus Klassenzimmern entfernt, Weihnachtslieder gestrichen und traditionelle Edelweisshemden als problematisch dargestellt. Gleichzeitig werden andere religiöse Symbole ausdrücklich toleriert. Das Resultat ist keine Gleichbehandlung, sondern eine klare

Schieflage. Kopftuch ja, christliche Symbole nein.

Besonders deutlich zeigt sich diese Widersprüchlichkeit an einem konkreten Fall. Eine junge Lehrerin durfte in Eschenbach im Kanton St. Gallen wegen ihres Kopftuchs eine zugesagte Stelle nicht antre-

ten. Dieselbe Person unterrichtet heute im Kanton Luzern, dort stellt ihr Kopftuch kein Problem dar. Was in einem Kanton als unzulässig gilt, wird im anderen akzeptiert. Diese Uneinheitlichkeit untergräbt die Glaubwürdigkeit staatlicher Neutralität.

Im Kanton Luzern fehlt nach wie vor ein klarer kantonaler Rahmen. Der Kanton gibt die Verantwortung an die Gemeinden weiter, und die Schulen stehen ohne verbindliche Leitlinien da. Statt klare Regeln zu formulieren, lässt man heikle Entscheide dort entstehen, wo es dann zu öffentlichen Konflikten kommt. Das ist keine stabile Grundlage für Lehrpersonen, Eltern und Schüler.

Integration gelingt nicht durch Selbstverleugnung. Wer die eigenen kulturellen Wurzeln aus dem Schulalltag entfernt, schwächt Zusammenhalt und gesellschaftliche Orientierung. Christlich geprägte Feste, Bräuche und Symbole haben unser Land über Jahrhunderte geprägt. Sie stehen für Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Ordnung, nicht für Ausgrenzung.

Wenn christliche Traditionen verschwinden, während andere religiöse Zeichen sichtbar bleiben, entsteht kein respektvolles Miteinander, sondern ein kulturelles Ungleichgewicht. Die Volksschule darf nicht zum Labor einer ideologischen Anpassungspolitik werden.

Unsere staatliche Ordnung beruht auf Gleichberechtigung, kultureller Kontinuität und der Trennung von Staat und Religion. Diese Balance darf nicht einseitig verschoben werden. Wer christliche Werte aus dem Schulalltag verdrängt, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Schule braucht klare, kantonale verbindliche Regeln. Neutralität bedeutet Gleichbehandlung, nicht das Zurückdrängen der eigenen kulturellen Identität. ●



Eine Lehrerin mit religiösem Symbol im Klassenzimmer. Der Umgang mit sichtbaren Glaubenszeichen an der Volksschule wirft in Luzern Fragen auf.

AUS DEM KANTONS RAT: KAMPF GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

In der kommenden Session steht für die Luzerner SVP Fraktion ein zentrales Thema im Fokus: der Widerstand gegen den EU-Unterwerfungsvertrag. Dieser Vertrag würde die Schweiz schrittweise in die dynamische Rechtsübernahme zwingen und unsere direkte Demokratie sowie die kantonale Autonomie massiv schwächen.

Die SVP hat von der Regierung verlangt, dass sie sich eigenständig und kritisch in das Vernehmlassungsverfahren einbringt. Sämtliche entsprechenden Vorstösse wurden im Kantonsrat von Mitte, FDP und Linksparteien haushoch abgeschmettert. Statt Verantwortung zu übernehmen, versteckt sich die Regierung hinter der Konferenz der Kantonsregierungen KdK. Diese wird politisch klar von EU-Befürwortern dominiert und vertritt nicht die kritische Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger im Kanton Luzern.

Weil die Regierung nicht handeln wollte, hat die SVP das Heft selbst in die Hand genommen. Mit gezielten parlamentarischen Anfragen zwingen wir den Regierungsrat, sich konkret mit den Folgen dieses Vertrags auseinanderzusetzen. Erste Resultate liegen bereits vor. Gleich

acht Vorstösse der SVP zum EU-Unterwerfungsvertrag sind auf der Traktandenliste. Auf die Anfrage von Monika Schnydrig musste die Regierung einräumen, dass schweizweit jährlich 3000 bis 4000 zusätzliche Personen Sozialhilfe beziehen könnten. Das würde Mehrkosten von 56 bis 74 Millionen Franken verursachen. Für den Kanton Luzern rechnen die Behörden mit zusätzlichen Kosten von 2,8 bis 3,7 Millionen Franken zulasten der Gemeinden, verbunden mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand und neuen Stellen.

Wie genau Schätzungen von Bund und Kantonen sind, wissen sie bestimmt. Ich erinnere an 8000–10 000 zusätzliche Einwanderer durch die Personenfreizügigkeit, 40 Franken pro Haushalt für die Energiestrategie 2050+, und die Kampfjets gibt es zum «Fixpreis». Noch nicht berück-



sichtigt sind mögliche weitere EU-Beitrittskandidaten wie Moldawien, eines der ärmsten Länder Europas. Mit jeder Erweiterung würde auch der Druck auf unser Sozialsystem weiter steigen.

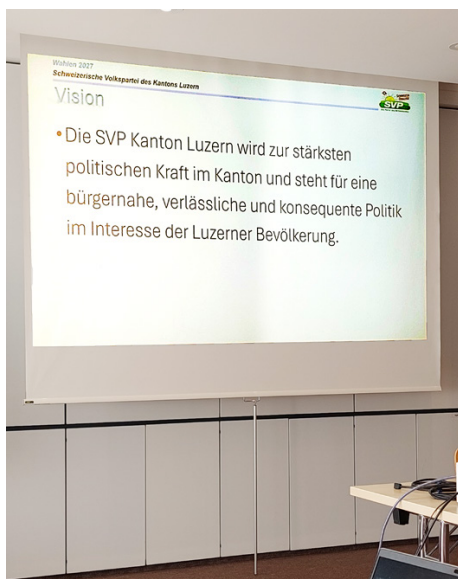
Bemerkenswert ist zudem, dass zu zentralen Fragen keine Zahlen vorliegen. Weder zu den Gesamtkosten noch zu den Auswirkungen auf Ergänzungsleistungen oder den zusätzlichen Personalbedarf kann die Regierung klare Aussagen machen. Trotzdem überwiegen für sie angeblich die Vorteile.

Die SVP bleibt dran. Wenn die Regierung nicht von sich aus hinschaut, dann sorgen wir mit weiteren Vorstössen dafür, dass Transparenz geschaffen wird. Für uns ist klar: Der Kanton Luzern darf nicht zum Zahlmeister eines EU-Experiments werden.

Thomas A. Hodel, Kantonsrat SVP Kanton Luzern ●

GESCHLOSSEN AUF KURS RICHTUNG WAHLSIEG 2027

Die SVP Kanton Luzern richtet ihre politische und organisatorische Arbeit konsequent auf die kantonalen Wahlen 2027 aus. An der Klausurtagung stand dieses Ziel unmissverständlich im Zentrum. Das Wahlziel ist klar formuliert. Die SVP Kanton Luzern will stärkste politische Kraft im Kanton Luzern werden.



Im Mittelpunkt der Beratungen standen der gezielte Ausbau der Parteistrukturen, die Stärkung der Wahlkreise und die Mobilisierung an der Basis. Neben den organisatorischen Fragen wurde auch die politische Ausgangslage im Hinblick auf die Wahlen 2027 kritisch analysiert. Die SVP stellt fest, dass sich Die Mitte-Partei bei politischen Fragen immer weniger positionieren will, und bei den anstehenden nationalen Themen fehlt eine eindeutige Haltung. Gleichzeitig entfernt sich auch die FDP zunehmend von ihrer liberalen Grundhaltung. Grosse Teile der Wirtschaft werden politisch nicht mehr konsequent vertreten. Viele liberale Wählerinnen und Wähler fühlen sich politisch heimatlos. Ein

verlässlicher bürgerlicher Partner fehlt. Diese politische Orientierungslosigkeit bleibt nicht ohne Wirkung. Die SVP verzeichnet einen hohen Zulauf an Neumitgliedern. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger suchen eine politische Heimat mit klarer Linie und finden diese bei der SVP. Parteipräsident Martin Wicki hält fest, dass dieser Mitgliederzuwachs Ausdruck eines wachsenden Vertrauens in eine Politik der Verlässlichkeit, der Eigenständigkeit und der klaren Positionen ist.

Dieser Rückenwind ist Verpflichtung. Die Parteiorganisation wird gezielt weiter ausgebaut, die Betreuung neuer Mitglieder verstärkt und deren Einbindung in die Wahlkreisarbeit intensiviert. Gleichzeitig wird eine neue Imagekampagne vorbereitet, um die Präsenz der SVP Kanton Luzern im ganzen Kanton zu erhöhen und ihre Schlagkraft für die Wahlen 2027 nachhaltig zu stärken. *red.* ●

SVP INWIL ZURÜCK IM GESCHÄFT

Die Ortspartei der SVP wird in Inwil nach langer Durststrecke neu lanciert. Der Vorstand ist nun vollständig und die Arbeit kann aufgenommen werden. Pünktlich zum Jahreswechsel steht die SVP Inwil wieder auf festen Beinen und kann 2026 das politische Geschehen in Inwil wieder mitbestimmen. Lange Zeit stand die Partei ohne Führung da und konnte nun in der Adventszeit erfolgreich wiederbelebt werden. Riccardo Cicchetti stellt sich dabei als neuer Präsident zur Verfügung und wird dabei von Bruno Meyer als Vizepräsident unterstützt. Manuel Zahnd wurde zum Kassier gewählt, Patrick Bühlmann wird das Amt des Aktuars ausführen. Die beiden Revisoren Lukas Buchmann und Fabio Lischer komplettieren den Vorstand. An den ersten beiden Versammlungen der Partei in der Schützenmatt sowie in Pfaffwil wurde intensiv diskutiert, inwiefern der SVP wieder neues Leben eingehaucht werden kann und auf welche Themen sie sich fokussieren möchte. Der Vorstand wird sich nun in seine Aufgaben einarbeiten und freut sich auf Interessenten, welche den Aufbau unterstützen möchten und Themen wie Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit ebenfalls am Herzen liegen.

Riccardo Cicchetti ●



Bildmitte: gewählter Ortsparteipräsident Riccardo Cicchetti

TERMINE

25.03.2026

Anlass EU-Unterwerfungsvertrag, Horwer Halle

28.03.2026

Eidg. Delegiertenversammlung, Maienfeld GR

01.04.2026

Sessionsrückblick mit Vroni Thalmann und Franz Grüter, Restaurant Obernau, Kriens-Obernau

09.04.2026

Kant. Generalversammlung, Begegnungszentrum Schenkon

23.04.2026

Kant. Delegiertenversammlung, Ort noch unbekannt

Keine 10-Millionen-Schweiz! Jetzt Fahnen bestellen und Unterstützer werden



**Bewahren,
was wir
lieben.**

nachhaltigkeits-initiative.ch

Am 14. Juni stimmen wir voraussichtlich über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab.

Das will die Initiative:

- Die unkontrollierte Zuwanderung stoppen.
- Unsere Natur vor immer mehr Zübeltonierung schützen.
- Dass wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen!

Der Abstimmungskampf beginnt jetzt! Und wir brauchen Ihre Unterstützung:

- ▶ Bestellen Sie jetzt unsere Fahne «Bewahren, was wir lieben.»
- ▶ Unterstützen Sie unseren Abstimmungskampf.

Alles auf nachhaltigkeits-initiative.ch



Unterwerfen – Bezahlen – Nichts mehr zu sagen haben!

Der EU-Unterwerfungsvertrag betrifft auch Sie.

Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung



Mit den Nationalräten

**Franz Grüter
Gregor Rutz
Benjamin Giezendanner**

Wo: **Horwer-Halle** (Allmendstrasse 16 oder Parkhaus Migros)

Wann: **Mittwoch, 25. März 2026 – Beginn: 18:30** (Türöffnung: 18:00)



Komitee

NEIN zum

EU-Unterwerfungsvertrag!

unterwerfungsvertrag.ch



++Öffentliche Veranstaltung++

Franz Grüter und Vroni Thalmann stehen Red und Antwort für unsere Bürger!

**Franz Grüter &
Vroni Thalmann**
unsere Nationalräte in Bern

Sessionsrückblick

Mittwoch, 01. April 2026

Start 19.30 Uhr / Vorher fakultatives
Nachessen ab 18.00 Uhr möglich

kein Aprilscherz!

Restaurant Obernau
Obernauerstrasse 89, 6012 Obernau

SVP Kriens

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Konzept:

SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub

Redaktionsverantwortung:

SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch